

Prüfungsordnung
für den Masterstudiengang Raumplanung
der Fakultät Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund
Fakultätsratsbeschluss vom 19. Dezember 2018
(amtliche Veröffentlichung in Vorbereitung)

Aufgrund des § 2 Absatz 4 in Verbindung mit § 64 Absatz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.06.2016 (GV. NRW. S. 310), hat die Technische Universität Dortmund die folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich der Masterprüfungsordnung
- § 2 Ziele des Studiums
- § 3 Zugangsvoraussetzungen und Zulassung
- § 4 Mastergrad
- § 5 Regelstudienzeit, Studienumfang und Leistungspunktesystem
- § 6 Module und Modulhandbuch

II. Allgemeine Prüfungsregelungen

- § 7 Prüfungen und Nachteilsausgleich
- § 8 Wiederholung von Prüfungen
- § 9 Klausuren
- § 10 Studienarbeiten
- § 11 Mündliche Prüfungen
- § 12 Prüfungsausschuss
- § 13 Zulassungsausschuss
- § 14 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 15 Einsicht in die Prüfungsunterlagen
- § 16 Anerkennung von Prüfungsleistungen, Einstufung in höhere Fachsemester
- § 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

III. Modulprüfungen

- § 18 Masterprojekt / Masterentwurf
- § 19 Vertiefungsschwerpunkt
- § 20 Masterarbeit

IV. Studienabschluss

- § 21 Zulassung zur Masterprüfung
- § 22 Masterprüfung
- § 23 Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen, Erwerb von Leistungspunkten, Bildung von Noten
- § 24 Zusatzqualifikationen
- § 25 Masterurkunde, Zeugnis, Bescheinigungen für einen Hochschulwechsel
- § 26 Bescheinigung eines Vertiefungsschwerpunkts
- § 27 Ungültigkeit von Prüfungsleistungen und Aberkennung des Mastergrades

V. Schlussbestimmungen

- § 28 Inkrafttreten und Veröffentlichung, Übergangsbestimmungen

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich der Masterprüfungsordnung

Diese Masterprüfungsordnung gilt für den Masterstudiengang Raumplanung an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Sie regelt gemäß § 64 Absatz 1 Hochschulgesetz NRW (HG) die Strukturen des Masterstudiums.

§ 2

Ziele des Studiums

- (1) Das Masterstudium dient insbesondere der Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit in internationalen Tätigkeitsfeldern in Wissenschaft und Forschung, aber auch auf praktische Berufsfelder der Raumplanung, die eine enge Verbindung von Forschungs- und Praxisorientierung erfordern. Damit wird den zunehmenden Anforderungen der Berufspraxis an wissenschaftlich fundiertem Planungswissen und an Fähigkeiten, umfangreiche Projekte auf allen Planungs- und Entscheidungsebenen der Raumplanung zu leiten und interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu führen, Rechnung getragen.
- (2) Mit dem konsekutiven Masterstudiengang Raumplanung wird ein weiterer berufsqualifizierender Abschluss erworben. Zugleich bereitet der Masterstudiengang auf eine Promotion vor.
- (3) Im Masterstudiengang Raumplanung werden Studierende insbesondere dazu befähigt, Grundlagenwissen der Raumplanung interdisziplinär in neuen Zusammenhängen anzuwenden und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten individuell in selbst gewählten Bereichen aus den Forschungsaktivitäten der Fakultät Raumplanung zu vertiefen.
- (4) Aufgrund der im Masterstudiengang Raumplanung erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten werden Raumplanerinnen und Raumplaner dazu qualifiziert:
 - Die natürlichen, sozialen, kulturellen, ökonomischen und technischen Voraussetzungen des raumplanerischen Handelns wissenschaftlich fundiert zu analysieren und zu bewerten;
 - die raumbezogenen Wirkungen sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungen auf allen räumlichen Ebenen zu erkennen und zu bewerten;
 - auf der Grundlage umfassender wissenschaftlicher Methoden und internationaler Forschungserkenntnisse an der Weiterentwicklung der Raumplanung als Wissenschaft kreativ mitzuwirken;
 - an Lösungen für komplexe raumplanerische Aufgaben analytisch, methodisch und gestaltend mitzuwirken;
 - globale Herausforderungen wie Klimawandel und demographischer Wandel mit ihren Anforderungen in Planungen auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene zu integrieren;
 - umfassende Projekte der Raumentwicklung zu leiten, zu moderieren und interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu führen;
 - die besonderen Anliegen und Ziele der Raumplanung an politische Entscheidungsträger und unterschiedliche gesellschaftliche Zielgruppen auf verschiedenen Planungs- und Entscheidungsebenen der Raumplanung zu kommunizieren;
 - das eigene Handeln vor dem Hintergrund aktueller nationaler und internationaler Debatten der Raum- und Planungswissenschaften kritisch zu analysieren und zu

reflektieren.

- (5) Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden die für leitende Positionen in der Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben haben, die Zusammenhänge ihres Faches umfassend überblicken und die Fähigkeit besitzen, auch fortgeschrittene wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse allein und in Gruppen selbstständig anzuwenden.

§ 3

Zugangsvoraussetzungen und Zulassung

- (1) Zugangsvoraussetzung für das Masterstudium ist grundsätzlich
- a) ein qualifiziert, d. h. mindestens mit der Note „befriedigend“ abgeschlossenes Bachelorstudium oder Diplomstudium Raumplanung der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund oder
 - b) ein qualifiziert, d. h. mindestens mit der Note „befriedigend“ abgeschlossenes Hochschulstudium in der Studienrichtung Stadt- und Raumplanung, z. B. Stadtplanung oder Stadt- und Regionalplanung, an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes mit einem Studiumumfang von mindestens 240 Leistungspunkten (LP) oder
 - c) ein qualifiziert, d. h. mindestens mit der Note „befriedigend“ abgeschlossenes Hochschulstudium in der Studienrichtung Stadt- und Raumplanung, z. B. Stadtplanung oder Stadt- und Regionalplanung, an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes mit einem Studiumumfang von weniger als 240 LP oder
 - d) ein qualifiziert, d. h. mindestens mit der Note „befriedigend“ abgeschlossenes Hochschulstudium in der Studienrichtung Stadt- und Raumplanung an einer Hochschule außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes.
- (2) Die Feststellung der Zugangsvoraussetzung gemäß Absatz 1 Buchstabe a erfolgt von Amts wegen. Die Feststellung der Zugangsberechtigung gemäß Absatz 1 Buchstabe b und d erfolgt auf Antrag durch den Zulassungsausschuss (§ 13) der Fakultät. In den Fällen des Absatz 1 Buchstabe b wird die Zugangsberechtigung festgestellt, wenn in Inhalt, Umfang und Anforderungen der Studienzeiten und Leistungen kein wesentlicher Unterschied zu denjenigen des Bachelorstudiums Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund besteht. In den Fällen des Absatz 1 Buchstabe c und d wird die Zugangsberechtigung festgestellt, wenn in Inhalt und Anforderungen der Leistungen kein wesentlicher Unterschied zu denjenigen des Bachelorstudiums Raumplanung besteht und fehlende Leistungspunkte gemäß Absatz 5 bis 6 nachträglich erworben werden.
- (3) In Abhängigkeit des für die jeweils bevorstehenden zwei Semester geplanten Veranstaltungs- und Vertiefungsschwerpunktangebots können Bewerberinnen und Bewerber, die ein qualifiziert, d. h. mindestens mit der Note „befriedigend“ abgeschlossenes Studium verwandter Studienrichtungen (z. B. Geographie, Landschaftsplanung, Architektur, Bauingenieurwesen oder Städtebau) absolviert haben, im Einzelfall zum Masterstudium zugelassen werden, wenn in den Studieninhalten kein wesentlicher Unterschied zu denen des Bachelorstudiums Raumplanung besteht.
- (4) Der Zulassungsausschuss (§ 13) entscheidet über alle Bewerbungen. Die Bewerberinnen und Bewerber haben die für die Zulassung erforderlichen Unterlagen gemäß Absatz 9 fristgerecht gemäß Absatz 10 vorzulegen. Zeugnisse und Bescheinigungen, die weder in deutscher noch in englischer Sprache ausgestellt sind, sind in beglaubigter deutscher oder englischer Übersetzung vorzulegen.
- (5) Bewerberinnen und Bewerber nach Absatz 1 Buchstabe c oder d oder nach Absatz 3 können, insbesondere wenn das vorhergehende Bachelorstudium einen geringeren Studiumumfang als der Bachelorstudiengang Raumplanung der Technischen Universität Dortmund aufweist, mit der Auflage zugelassen werden, fehlende Leistungen

nachzuholen.

- (6) Je nach Umfang und Art der nachzuholenden Leistungen sind diese entweder während des Masterstudiums an der Fakultät Raumplanung nachzuholen (Angleichstudium) oder vor Studienbeginn nachzuweisen.
- (7) Der maximale Umfang erteilter Auflagen beträgt in der Regel 60 LP. Die entsprechenden Feststellungen trifft der Zulassungsausschuss. Für die im Rahmen der Auflagen zu erbringenden Prüfungsleistungen gilt § 8 Absatz 1 Satz 1 und Satz 5 und Absatz 2 Satz 1 entsprechend. Soweit nach den erteilten Auflagen an Modulen des B.Sc.-Studiengangs Raumplanung teilzunehmen ist, gilt für die zugehörigen Modulprüfungen die jeweils gültige Bachelor-Prüfungsordnung des Studiengangs Raumplanung.
- (8) Bewerberinnen und Bewerber können anstatt eines Abschlusszeugnisses auch geeignete offizielle Nachweise (z. B. beglaubigtes Transcript of Records) einreichen, aus denen hervorgeht, dass ein erfolgreicher Studienabschluss voraussichtlich bis zum Beginn der Lehrveranstaltungen im Masterstudiengang Raumplanung erlangt wird. Diese Bewerberinnen und Bewerber können unter der Auflage zugelassen werden, dass alle notwendigen Nachweise bis zum Beginn der Lehrveranstaltungen vorgelegt werden. Die Einschreibung ist erst nach Vorliegen aller notwendigen Dokumente, insbesondere eines Nachweises über den erfolgreichen Studienabschluss, möglich.
- (9) Die Bewerberinnen und Bewerber nach Absatz 3 müssen ergänzend zum Zulassungsantrag des Studierendensekretariates bzw. des Referats Internationales der Technischen Universität Dortmund folgende Bewerbungsunterlagen in deutscher oder englischer Sprache einreichen:
 - Zeugnisse und Bescheinigungen, aus denen die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen gemäß § 3 der Masterprüfungsordnung Raumplanung hervorgeht.

In Zweifelsfällen über die Feststellung der Voraussetzungen nach Absatz 3 kann gefordert werden, weitere ergänzende Unterlagen vorzulegen, z. B. Nachweise über angegebene berufliche Tätigkeiten nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss und erläuternde Stellungnahmen, mit denen die Voraussetzungen eindeutig festgestellt werden können.

- (10) Die Fristen für die Einreichung der Bewerbungen um Zulassung sowie Art und Ort der Einreichung werden durch den Zulassungsausschuss festgesetzt und bekannt gemacht.
- (11) Bewerberinnen und Bewerber, die ihre Hochschulzugangsberechtigung oder einen Studienabschluss gemäß § 3 der Masterprüfungsordnung Raumplanung außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erworben haben und deren Muttersprache nicht Deutsch ist, müssen zusätzlich einen Nachweis über den Erwerb ausreichender deutscher Sprachkenntnisse erbringen.
- (12) Kenntnisse der deutschen Sprache können durch die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber (DSH-2) oder eine andere adäquate zertifizierte Ausbildung in der deutschen Sprache nachgewiesen werden. Für die Zulassung zum Masterstudiengang Raumplanung wird aufgrund der spezifischen Anforderungen des Projektstudiums zudem die Teilnahme an einem persönlichen Gespräch verlangt.
- (13) Unter der Voraussetzung eines ausreichenden Angebots englischsprachiger Module und Modulelemente in den jeweils bevorstehenden zwei Semestern können auch Bewerberinnen und Bewerber zugelassen werden, die für das Studium ausreichende Englischkenntnisse nachweisen können. Diese Sprachkenntnisse gelten als nachgewiesen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber
 - a) einen englischen Sprachtest erfolgreich absolviert hat, der dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens entspricht oder
 - b) mindestens ein Jahr Schulausbildung an einer englischsprachigen Schule oder Hochschule absolviert hat.
- (14) Wurde der akademische Grad im Ausland erworben, so sind zur Prüfung der Wesentlichkeit von Unterschieden die von der Kultusministerkonferenz und der

Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen, Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften sowie die Empfehlungen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) zu beachten. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Im Rahmen von ECTS erworbene Leistungspunkte werden bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen angerechnet.

- (15) Die Zulassung ist abzulehnen, wenn die Bewerberin bzw. der Bewerber die Unterlagen gemäß Absatz 4 nicht einreicht. Von den Vorgaben der Absätze 1 bis 15 kann in begründeten Einzelfällen durch den Zulassungsausschuss abgewichen werden.
- (16) Erteilte Zulassungen sind ausschließlich für das Semester, für das eine Zulassung beantragt wurde, gültig. Im Fall von Auflagen nach den Absätzen 5 und 6 kann eine verlängerte Gültigkeit auf der Zulassung vermerkt werden.

§ 4

Mastergrad

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung (§ 22 Absatz 2) verleiht die Technische Universität Dortmund durch die Fakultät Raumplanung den akademischen Grad Master of Science (M. Sc.).

§ 5

Regelstudienzeit, Studienumfang und Leistungspunktesystem

- (1) Der Masterstudiengang Raumplanung kann als Vollzeit- oder als Teilzeitstudiengang studiert werden.
- (2) Die Regelstudienzeit des Masterstudiums beträgt in Vollzeit zwei Semester und in Teilzeit drei Semester und schließt die Anfertigung der Masterarbeit mit ein.
- (3) Ein Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeitstudium ist semesterweise möglich. Soll ein Wechsel erfolgen, so ist dies im Rahmen der Rückmeldung zum nächsten Semester gegenüber dem Studierendensekretariat der Technischen Universität Dortmund verbindlich zu erklären.
- (4) Das Studium ist auf der Basis eines Leistungspunktesystems aufgebaut, das mit dem European Credit-Transfer-System (ECTS) kompatibel ist. Jedem Modul wird gemäß seinem angenommenen Studienaufwand eine Anzahl von Leistungspunkten (LP) zugeordnet. Ein Leistungspunkt im Sinne dieser Prüfungsordnung entspricht einem ECTS-Punkt, für den ein Arbeitsaufwand (workload) der oder des Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 25 bis maximal 30 Stunden angenommen wird. Im Masterstudium sind insgesamt 60 LP durch die Teilnahme an den Modulen nach § 22 Absatz 2 und die Ablegung der dazugehörigen Prüfungen zu erwerben.
- (5) Im Vollzeitstudium sind in der Regel 30 LP pro Semester zu erwerben. Im Teilzeitstudium können pro Semester in der Regel maximal 20 LP erworben werden.
- (6) Leistungspunkte werden auf der Grundlage erfolgreich und vollständig absolvierter Module vergeben.
- (7) Das Studium kann im Sommer- oder Wintersemester aufgenommen werden. Bei Vorliegen aller Voraussetzungen nach § 3 Absatz 1 Buchstabe a ist die Einschreibung jederzeit möglich.
- (8) Die Zulassung auf Basis von § 3 Absatz 13 kann auf das Wintersemester beschränkt werden.

§ 6

Module und Modulhandbuch

- (1) Das Studium gliedert sich in Module, die sich jeweils über höchstens zwei Semester erstrecken. Module sind inhaltlich und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene Studieneinheiten mit einem Umfang von in der Regel mindestens 5 Leistungspunkten.
- (2) In § 22 Absatz 2 sind die Module, einschließlich der zu erwerbenden Leistungspunkte und Prüfungsleistungen, dargestellt. Alle Module der Masterprüfung nach § 22 Absatz 2 werden in einem Modulhandbuch konkretisiert.
- (3) Den Beschluss über Aufstellung und Änderung des Modulhandbuchs trifft der Fakultätsrat der Fakultät Raumplanung.
- (4) Das Modulhandbuch enthält insbesondere die Konkretisierung der abzulegenden Prüfungen mit den dazugehörigen Lehrinhalten und zu erwerbenden Kompetenzen sowie den Veranstaltungsturnus, die Modulstruktur sowie die Aufteilung in Modulelemente und deren Veranstaltungstypen.
- (5) Das Modulhandbuch trifft Festlegungen darüber, ob Modulelemente Pflicht (P) oder Wahlpflicht (WP) sind. Pflichtelemente müssen von allen Studierenden absolviert werden. Sind Modulelemente als Wahlpflicht gekennzeichnet, können Studierende zu jedem so gekennzeichneten Element aus mindestens zwei Alternativen wählen.
- (6) Die Lehrveranstaltungen des Masterstudiengangs Raumplanung werden zu Beginn eines Semesters im kommentierten Vorlesungsverzeichnis angekündigt.
- (7) Im Modulhandbuch wird für jedes Modul die zulässige Lehrveranstaltungssprache ausgewiesen. In Wahlpflichtmodulen und Wahlpflichtelementen können Veranstaltungen in englischer Sprache angeboten werden, wenn es mindestens eine deutschsprachige Alternative gibt. Die Prüfungsleistung erfolgt in der Lehrveranstaltungssprache. Die Fremdsprachigkeit einer Lehrveranstaltung wird durch die Lehrenden vor Beginn der Veranstaltung im kommentierten Vorlesungsverzeichnis angekündigt.
- (8) Studierende, die auf Basis von § 3 Absatz 13 zugelassen wurden, haben Anspruch auf ein englischsprachiges Veranstaltungsangebot.

II. Allgemeine Prüfungsregelungen

§ 7

Prüfungen und Nachteilsausgleich

- (1) In der Regel werden alle Elemente eines Moduls nach Besuch der Lehrveranstaltungen nur durch eine Prüfung (Modulprüfung) abgeschlossen. In besonders begründeten Fällen können auch mehrere mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Der Modulabschluss erfolgt durch eine benotete Modulprüfung. Ausnahmsweise können Module auch durch Prüfungen zu einzelnen Modulelementen (Teilleistungen) abgeschlossen werden. Die jeweiligen Prüfungsformen (Modulprüfung oder Teilleistungen) ergeben sich aus § 22 Absatz 2.
- (2) Die Modulprüfungen und Teilleistungen werden studienbegleitend in Form von Klausuren, Studienarbeiten, mündlichen Prüfungen sowie weiteren modulbezogenen Prüfungsleistungen nach Abschnitt III dieser Prüfungsordnung erbracht. Die jeweils verantwortlichen Lehrenden können mit Zustimmung des Prüfungsausschusses im Einzelfall andere geeignete Prüfungsformen festlegen.
- (3) In Modulen, die mit einer Modulprüfung abschließen, kann im Modulhandbuch vorgesehen werden, dass die Zulassung zur Modulprüfung von der erfolgreichen Erbringung

zusätzlicher Leistungen (Studienleistungen) abhängig gemacht wird. Dies können insbesondere sein: Exposé, Zwischenbericht, Zwischenpräsentation sowie themen- und gebietsspezifische Leistungen. Studienleistungen sind mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ zu bewerten. Die Anforderungen einer Studienleistung liegen in Form und Umfang deutlich unterhalb der Anforderungen der Modulprüfung des jeweiligen Moduls.

- (4) Form und Umfang der Modulprüfungen, Teilleistungen und Studienleistungen sind im Modulhandbuch festgelegt.
- (5) Machen Studierende durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage sind, eine Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder Frist abzulegen, so legt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses fest, in welcher anderen Form oder Frist die Prüfungsleistung erbracht wird. Bei Zweifeln wird die zuständige Person oder Stelle für Fragen zu Belangen behinderter Studierender beteiligt (z. B. Bereich „Behinderung und Studium“ innerhalb des Zentrums für Hochschulbildung an der Technischen Universität Dortmund). Für einen Nachteilsausgleich muss in der Regel spätestens einen Monat vor der Prüfung der Prüfungsausschuss kontaktiert werden.
- (6) Prüfungsleistungen in schriftlichen oder mündlichen Prüfungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird, und in Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültiges Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen und Prüfern oder einer Prüferin und einem Prüfer zu bewerten.
- (7) Die Bewertung der Modulprüfungen bzw. Teilleistungen ist von den Prüferinnen oder Prüfern unverzüglich dem Prüfungsausschuss mitzuteilen. Die Bewertung von schriftlichen Prüfungsleistungen ist den Studierenden spätestens nach sechs Wochen, aber mindestens zwei Wochen vor einer zugehörigen Wiederholungsprüfung, bekannt zu geben. Die Prüfungsverfahren müssen die gesetzlichen Mutterschutzfristen sowie Ausfallzeiten durch die Pflege im Haushalt lebender, überwiegend zu betreuender Kinder, durch die Pflege des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners oder einer oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, soweit diese oder dieser pflegebedürftig ist, berücksichtigen.
- (8) Sofern ein ordnungsgemäßes Prüfungsverfahren sichergestellt ist, kann der Prüfungsausschuss auf Antrag Ausnahmen hinsichtlich Art, Ort und Zeitpunkt der Prüfung bewilligen, wenn zum vorgesehenen Prüfungszeitpunkt ein begründeter studienfördernder Auslandsaufenthalt angestrebt wird und die Teilnahme am regulären Prüfungsverfahren unzumutbar ist.
- (9) Für Prüfungen während eines Urlaubssemesters gelten die Vorgaben des § 48 Absatz 5 Hochschulgesetz.

§ 8

Wiederholung von Prüfungen

- (1) Die Modulprüfungen und die einzelnen Teilleistungen können, wenn sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, zweimal wiederholt werden. Eine Anmeldung zu zulässigen Wiederholungsprüfungen muss innerhalb von zwei Semestern nach dem Erstversuch erfolgen; andernfalls verlieren die Studierenden den Prüfungsanspruch, es sei denn, sie weisen nach, dass sie das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten haben. Die Frist verlängert sich in den Fällen des § 64 Absatz 3a Hochschulgesetz jeweils um die dort angegebenen Zeiträume. Bestandene Prüfungen können nicht wiederholt werden. Studienleistungen können beliebig oft wiederholt werden. Für Klausuren findet darüber hinaus § 9 Anwendung.
- (2) Bei Nichtbestehen einer Teilleistung in einem Pflichtmodul ist nur diese zu wiederholen. Bei Nichtbestehen einer Teilleistung zu Wahlpflichtelementen kann die Wiederholungsprüfung auch zu anderen Wahlpflichtelementen des Moduls abgelegt werden.

§ 9

Klausuren

- (1) Für Prüfungen in Form von Klausuren ist im Modulhandbuch eine Bearbeitungszeit von maximal 180 Minuten zu bestimmen. Zugelassene Hilfsmittel werden vor der Prüfung von der bzw. dem jeweiligen Lehrenden im Rahmen der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.
- (2) Die Klausurarbeiten werden unter Aufsicht durchgeführt und sind nicht öffentlich. Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich durch einen Studierendenausweis oder amtlichen Lichtbildausweis auszuweisen. Für die Teilnahme an Klausurarbeiten ist eine elektronische Anmeldung auf dem von der Technischen Universität Dortmund eingerichteten Portal für die Prüfungsverwaltung erforderlich. Die Anmeldung ist bis spätestens drei Werktage vor dem Tag der Klausur möglich und bis zu einem Tag vor der Klausur widerruflich (Abmeldung).

Für die Klausurprüfung werden vom Prüfungsausschuss drei aufeinanderfolgende Termine festgesetzt (Prüfungskampagne). Eine erstmalige Teilnahme an der Prüfungskampagne muss zum ersten oder zweiten Termin erfolgen. Der dritte Termin einer Prüfungskampagne dient ausschließlich zur Wiederholung; eine erstmalige Teilnahme an der Prüfungskampagne zu dem dritten Termin ist ausgeschlossen. Der erste und zweite Termin einer Prüfungskampagne soll bis zum Ende der auf die Lehrveranstaltung folgenden vorlesungsfreien Zeit angeboten werden, der dritte Termin kann auch im darauffolgenden Semester liegen. Studierende können je Modulprüfung bzw. Teilleistung nur an einer Prüfungskampagne teilnehmen. Der erste Wiederholungsversuch gemäß § 8 Abs. 1 muss von den Studierenden innerhalb der dem ersten Prüfungsversuch zugeordneten Prüfungskampagne wahrgenommen werden. Melden Studierende sich nicht innerhalb der Prüfungskampagne zum ersten Wiederholungsversuch an, verlieren sie den Prüfungsanspruch. Der zweite Wiederholungsversuch der Prüfungskampagne kann ausnahmsweise spätestens zum ersten Termin der unmittelbar folgenden Prüfungskampagne wahrgenommen werden. Die Modulprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Studierende oder ein Studierender an dem zweiten Wiederholungsversuch ohne Erfolg teilgenommen hat. Konnte der bzw. die Studierende ohne eigenes Verschulden einen Klausurtermin nicht wahrnehmen (§ 16 Absatz 2), kann er bzw. sie an dem nächsten Klausurtermin innerhalb der Prüfungskampagne teilnehmen.

- (3) Termine für Klausurprüfungen werden innerhalb des Semesters der Lehrveranstaltung bekannt gegeben, spätestens aber bis zum 30. Juni für Prüfungen im Anschluss an die Vorlesungszeit im Sommersemester bzw. bis zum 31. Dezember für Prüfungen im Anschluss an die Vorlesungszeit im Wintersemester.

§ 10

Studienarbeiten

- (1) Studienarbeiten sind schriftliche oder graphische Ausarbeitungen. Art und Umfang sind von den verantwortlichen Lehrenden zu Beginn des Semesters im kommentierten Vorlesungsverzeichnis bzw. 14 Tage vor der Anmeldung zur Prüfungsleistung anzukündigen. Soweit zuvor bereits eine Prüfungsleistung erforderlich ist, hat die Anmeldung 14 Tage vorher stattzufinden.
- (2) Die Studienarbeit ist nach Festlegung der verantwortlichen Lehrenden in Papierform und / oder elektronisch einzureichen und innerhalb von sechs Wochen zu bewerten. Der Prüfungsausschuss kann festlegen, dass Studienarbeiten statt bei den Lehrenden im Sekretariat des Prüfungsausschusses einzureichen sind. Im Falle des Nichtbestehens ist dem bzw. der Studierenden mit der Bekanntgabe der Note Gelegenheit zu einem Wiederholungsversuch unter Festsetzung eines neuen Themas zu geben.
- (3) Der Prüfungsausschuss ist über die Bewertung einer Studienarbeit unter Angabe des Moduls bzw. Modulelements und des Veranstaltungstitels sowie des Namens und der Matrikelnummer der bzw. des Studierenden in Kenntnis zu setzen.

§ 11

Mündliche Prüfungen

- (1) Mündliche Prüfungen werden vor zwei Prüferinnen bzw. Prüfern oder einer Prüferin bzw. einem Prüfer und einer sachkundigen Beisitzerin bzw. einem sachkundigen Beisitzer als Gruppenprüfung mit bis zu drei Studierenden bzw. als Einzelprüfung abgelegt. Je Studierender oder Studierendem ist eine Prüfungsdauer von 20 bis 30 Minuten vorzusehen.
- (2) Studierende können Vorschläge für Prüfungsschwerpunkte machen, die an die Gegenstände ihrer Projekt- und Entwurfsarbeiten oder einen gewählten Studienschwerpunkt anknüpfen können.
- (3) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Wird eine mündliche Prüfung vor einer Prüferin oder einem Prüfer abgelegt, hat diese oder dieser vor der Festsetzung der Note gemäß § 23 Absatz 1 die Beisitzerin oder den Beisitzer zu hören. Das Ergebnis der Prüfung ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Studierende, die sich zu einem späteren Zeitpunkt der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen und Zuhörer zugelassen, es sei denn, die oder der zu prüfende Studierende widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses. Im Falle einer Beeinflussung oder Störung der Prüfung können diese Personen von der Prüferin oder dem Prüfer als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer ausgeschlossen werden.
- (4) Der Prüfungsausschuss legt für die mündlichen Prüfungen Prüfungszeiträume in der vorlesungsfreien Zeit fest. Der Prüfungsausschuss legt die Prüfungstermine und die Einzelheiten des Anmeldeverfahrens fest und gibt diese rechtzeitig elektronisch oder durch Aushang bekannt. Ein Rücktritt vom festgelegten Prüfungstermin ist ohne Angabe von Gründen nur binnen einer Frist von drei Tagen nach Bekanntgabe des Prüfungstermins möglich. Prüfungen außerhalb der festgelegten Prüfungszeiträume sind im Einvernehmen der Studierenden mit den Prüfenden zulässig und dem Prüfungsausschuss anzuzeigen. Die einvernehmliche Aufhebung eines solchen Termins ist dem Prüfungsausschuss mitzuteilen.

§ 12

Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet.
- (2) Der Prüfungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern, und zwar drei Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, einem Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einem Mitglied aus der Gruppe der Studierenden.
- (3) Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat nach Gruppen getrennt für zwei Jahre, die Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden für ein Jahr gewählt. Der Fakultätsrat wählt Vertreterinnen und Vertreter für alle Mitglieder mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihres oder seines Stellvertreters. Der Prüfungsausschuss wählt aus den Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Vorsitzende oder den Vorsitzenden sowie die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden. Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Der Prüfungsausschuss wacht darüber, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und trifft die für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen erforderlichen Maßnahmen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen im Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen und für die Abstimmung von fakultätsübergreifenden Frage- und Problemstellungen. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss der Fakultät regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten zu berichten. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und des Modulhandbuchs. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung bestimmter Aufgaben (z. B. Anerkennungsfragen, Eilentscheidungen usw.) im Rahmen der laufenden Geschäfte der oder dem Vorsitzenden übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche und den Bericht an den Fakultätsrat.
- (5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder deren bzw. dessen Vertreterin oder Vertreter mindestens ein Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer und ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind. Der Prüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder wirken an pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen nicht mit. Als solche gelten insbesondere die Beurteilung, die Anerkennung von Leistungen, die Festlegung von Prüfungsaufgaben und die Bestellung der Prüferinnen und Prüfer sowie der Beisitzerinnen und Beisitzer.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.
- (7) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, einschließlich ihrer Vertreterinnen und Vertreter, die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (8) Die wesentlichen administrativen Aufgaben des Prüfungsausschusses übernimmt das Sekretariat des Prüfungsausschusses.

§ 13

Zulassungsausschuss

- (1) Für die Feststellung der Zugangsvoraussetzungen gemäß § 3 für den Masterstudiengang Raumplanung bildet die Fakultät Raumplanung einen Zulassungsausschuss.

- (2) Der Zulassungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern, und zwar drei Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, einem Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einem Mitglied aus der Gruppe der Studierenden.
- (3) Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat nach Gruppen getrennt für zwei Jahre, die Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden für ein Jahr gewählt. Der Fakultätsrat wählt Vertreterinnen und Vertreter für alle Mitglieder, mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihres oder seines Stellvertreters. Der Zulassungsausschuss wählt aus den Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Vorsitzende oder den Vorsitzenden sowie die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden. Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Der Zulassungsausschuss prüft, ob die Bewerbungen um Zulassung die Zugangsvoraussetzungen gemäß § 3 der Masterprüfungsordnung Raumplanung erfüllen und entscheidet gemäß § 3 Absatz 2 und Absatz 4 dieser Ordnung über die Zulassung zum Masterstudiengang Raumplanung. Der Zulassungsausschuss kann die Erledigung der laufenden Geschäfte der oder dem Vorsitzenden übertragen. Der Bericht an die Fakultät erfolgt durch den Prüfungsausschuss.
- (5) Der Zulassungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder deren bzw. dessen Vertreterin oder Vertreter und einem weiteren Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend ist. Der Zulassungsausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.
- (6) Die Sitzungen des Zulassungsausschusses sind nicht öffentlich. Als Gäste dürfen ausschließlich die mit dem Zulassungsverfahren betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen. Sie und die Mitglieder unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (7) Die wesentlichen administrativen Aufgaben des Zulassungsausschusses übernimmt das Sekretariat des Zulassungsausschusses.

§ 14

Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer bzw. die Beisitzerinnen und Beisitzer gemäß den gesetzlichen Vorgaben. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen. Zur Prüferin oder zum Prüfer bzw. zur Beisitzerin oder zum Beisitzer dürfen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie weitere prüfungsberechtigte Personen im Sinne des § 65 Absatz 1 Hochschulgesetz bestellt werden. Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf bestellt werden, wer eine Diplom- oder Masterprüfung im entsprechenden Fachgebiet bestanden hat oder entsprechende einschlägige Qualifikationen nachweisen kann.
- (2) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

§ 15

Einsicht in die Prüfungsunterlagen

- (1) Nach Bekanntgabe von Klausurergebnissen und anderen schriftlichen bzw. graphischen

Prüfungsleistungen ist den Studierenden binnen vier Wochen auf Antrag Einsicht in die Prüfungsunterlagen zu gewähren. Zeit und Ort der Einsichtnahme werden von den Prüferinnen und Prüfern festgelegt und in geeigneter Form bekannt gegeben.

- (2) Die Einsicht in die weiteren schriftlichen Prüfungsleistungen und die darauf bezogenen Gutachten werden den Studierenden auf Antrag durch die Prüferinnen und Prüfer gewährt.
- (3) Die Einsicht in die Protokolle der mündlichen Prüfungen wird den Studierenden auf Antrag durch den Prüfungsausschuss gewährt.
- (4) Soweit die Einsicht nicht formlos im Einvernehmen mit der Prüferin bzw. dem Prüfer erfolgt, kann ein Antrag auf Einsicht binnen drei Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 16

Anerkennung von Prüfungsleistungen, Einstufung in höhere Fachsemester

Für die Anerkennung von Prüfungsleistungen und die Einstufung in höhere Fachsemester findet die jeweils gültige Ordnung über die Anerkennung von Prüfungsleistungen für alle Bachelor- und Masterstudiengänge an der Technischen Universität Dortmund Anwendung.

§ 17

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfung gilt als mit „nicht ausreichend (5,0)“ oder „nicht bestanden“ bewertet, wenn die oder der Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn sie bzw. er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der oder des Studierenden oder eines von der oder dem Studierenden überwiegend zu betreuenden Kindes ist die Vorlage eines deutschsprachigen ärztlichen Attestes erforderlich. Bei Krankheit der oder des Studierenden muss das ärztliche Attest die Prüfungsunfähigkeit belegen. Bei dem nachträglichen Rücktritt von einer abgelegten Prüfung muss aus dem ärztlichen Attest hervorgehen, dass die bei der Prüfung gegebene Leistungsbeeinträchtigung für die Studierende oder den Studierenden aus gesundheitlichen Gründen nicht erkennbar war und vernünftigerweise kein Anlass bestand, die Leistungsfähigkeit in Zweifel zu ziehen. Bestehen für den Prüfungsausschuss zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich erscheinen lassen, so kann der Prüfungsausschuss eine ärztliche Bescheinigung einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes der Technischen Universität Dortmund verlangen. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe für den Rücktritt bzw. das Versäumnis nicht an, wird dies der oder dem Studierenden schriftlich mitgeteilt.
- (3) Wird eine Prüfungsleistung durch Täuschung (z. B. Verwendung unerlaubter Hilfsmittel, Übernahme von Textpassagen ohne Wiedergabe als Zitat, Abschreiben etc.) beeinflusst, gilt diese Prüfung als mit „nicht ausreichend (5,0)“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Dies gilt ebenfalls für den Versuch der Täuschung. Die Entscheidung, ob ein Täuschungsversuch oder eine Täuschungshandlung vorliegt, trifft die jeweilige Prüferin oder der jeweilige Prüfer. Wird während einer Prüfung ein Täuschungsversuch oder eine Täuschung im Sinne von Satz 1 durch die Aufsichtsführende oder den Aufsichtsführenden festgestellt, protokolliert diese oder dieser den Täuschungsversuch bzw. die Täuschung.

Die jeweilige Prüferin oder der jeweilige Prüfer entscheidet, ob die Prüfung mit „nicht ausreichend (5,0)“ oder „nicht bestanden“ bewertet wird. Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von der Prüferin oder dem Prüfer oder der oder dem Aufsichtsführenden nach Ermahnung von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betroffene Prüfung als mit „nicht ausreichend (5,0)“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Die jeweiligen Gründe für die Entscheidungen sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen von Täuschung oder Störung kann der Prüfungsausschuss die betreffenden Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

- (4) Der Prüfungsausschuss verlangt von Studierenden bei allen außer rein mündlich zu erbringenden Prüfungsleistungen eine schriftliche Erklärung (Selbstständigkeitserklärung), dass sie bzw. er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht haben. § 20 Absatz 10 bleibt unberührt.
- (5) Die oder der Studierende kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind der oder dem Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Vor der Entscheidung ist der oder dem Studierenden Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

III. Modulprüfungen

§ 18

Masterprojekt / Masterentwurf

- (1) An den erfolgreichen Abschluss der Studienprojekte und Entwürfe (Modul 2) werden folgende Anforderungen gestellt.
- (2) Studienprojekte und Entwürfe werden von den Studierenden in Gruppenarbeit von in der Regel vier bis sechs Studierenden durchgeführt.
- (3) Für die Teilnahme ist eine Anmeldung zur Modulprüfung beim Prüfungsausschuss erforderlich. Das An- und Abmeldeverfahren sowie das Verfahren zur Verteilung der Studierenden auf die Studienprojekte und Entwürfe legt der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der oder dem Modulbeauftragten fest.
- (4) Studienprojekte und Entwürfe können in deutscher oder englischer Sprache angeboten werden. Bei der Wahl haben die Studierenden Anspruch auf ein Studienprojekt oder einen Entwurf in deutscher Sprache. Studierende, die aufgrund der Voraussetzungen nach § 3 Absatz 13 zugelassen wurden, haben Anspruch auf ein englischsprachiges Angebot.
- (5) Das Masterprojekt wird mit einer benoteten Modulprüfung (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung ist die erfolgreiche Bearbeitung von themen- und gebietsspezifischen Studienleistungen, die im Modulhandbuch aufgezählt und zu Beginn des Semesters von den Lehrenden nach Art und Umfang zu erläutern sind. Sämtliche erfolgreich bearbeitete Studienleistungen müssen zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Modulprüfung zusammen bei den Lehrenden eingereicht werden. In der Disputation sollen die Studierenden auch individuelle Beiträge zu den Studienleistungen erläutern und Rückfragen der Lehrenden beantworten. Bei der individuellen Benotung berücksichtigen die Lehrenden Leistungen der Studierenden in der Disputation, ihre Beiträge zu den Studienleistungen sowie ihre sonstige Mitarbeit in der Projektarbeit.
- (6) Der Masterentwurf wird mit einer benoteten Modulprüfung (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung ist die erfolgreiche Bearbeitung

von themen- und gebietsspezifischen Studienleistungen, die im Modulhandbuch aufgezählt und zu Beginn des Semesters von den Lehrenden nach Art und Umfang zu erläutern sind. Sämtliche erfolgreich bearbeitete Studienleistungen müssen zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Modulprüfung zusammen bei den Lehrenden eingereicht werden. In der Disputation sollen die Studierenden auch individuelle Beiträge zu den Studienleistungen erläutern und Rückfragen der Lehrenden beantworten. Bei der individuellen Benotung berücksichtigen die Lehrenden Leistungen der Studierenden in der Disputation, ihre Beiträge zu den Studienleistungen sowie ihre sonstige Mitarbeit in der Entwurfsarbeit (Absatz 7) in angemessenem Umfang. Sie teilen die Benotung innerhalb von zwei Wochen nach der Disputation dem Prüfungsausschuss mit.

- (7) Die Bearbeitung der Modulprüfung und der Studienleistungen erfordert die regelmäßige und aktive Mitarbeit der Mitglieder. Diese umfasst insbesondere die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, Sitzungsmoderation und Protokollführung sowie die Bearbeitung von Arbeitsaufträgen; aktive Teilnahme an Betreuungsgesprächen sowie die Bearbeitung von zeichnerischen bzw. graphischen Teilleistungen, Inputreferaten oder ähnlichen Arbeitsaufträgen.
- (8) Beteiligen sich die Studierenden nicht aktiv im Sinne von § 18 Absatz 7 an der Bearbeitung der Modulprüfung oder den Studienleistungen, können einzelne Studierende oder Gruppen von Studierenden im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss von der weiteren Arbeit ausgeschlossen werden. Ein Ausschluss ist bis vier Wochen vor der Disputation möglich. Die betreffenden Studierenden müssen vor einem möglichen Ausschluss schriftlich durch die Betreuung darauf hingewiesen werden (Abmahnung). Die Abmahnung ist dem Prüfungsausschuss zuzuleiten.
- (9) Lautet die Bewertung der Modulprüfung „nicht ausreichend (5,0)“, so kann die Modulprüfung einmalig durch die Teilnahme an einem neuen Studienprojekt oder Entwurf wiederholt werden. Das Modul ist endgültig nicht bestanden, wenn auch die Wiederholung der Modulprüfung mit „nicht ausreichend (5,0)“ bewertet wird.
- (10) Die Disputation im Rahmen der Modulprüfung kann mit Zustimmung der Mitglieder öffentlich erfolgen.
- (11) Der oder dem Modulbeauftragten ist vom Prüfungsausschuss Einsicht in die Prüfungsdokumente und Stellungnahmen zu den Studienprojekten und Entwürfen zu gewähren.

§ 19

Vertiefungsschwerpunkt

- (1) An den erfolgreichen Abschluss des Vertiefungsschwerpunkts (Modul 3) werden folgende Anforderungen gestellt.
- (2) Für die Teilnahme an den Seminaren und Übungen ist eine Anmeldung beim Prüfungsausschuss erforderlich. Das An- und Abmeldeverfahren sowie das Verfahren zur Verteilung der Studierenden auf die Seminare und Übungen legt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit der oder dem Modulbeauftragten fest.
- (3) Seminare und Übungen erfordern die regelmäßige und aktive Mitarbeit der Studierenden. Diese umfasst insbesondere mündliche und schriftliche Diskussionsbeiträge sowie weitere in den Veranstaltungsankündigungen geregelte Leistungen. Die Ankündigung erfolgt zu Beginn des Semesters bzw. 14 Tage vor der Anmeldung zur Prüfungsleistung. Die erfolgreiche aktive Mitarbeit der Studierenden ist von den Lehrenden unverzüglich dem Prüfungsausschuss mitzuteilen.
- (4) Darüber hinaus ist den Studierenden die Möglichkeit für das Ablegen einer Prüfung (Teilleistung) in Form einer Studienarbeit oder einer mündlichen Prüfung zu gewähren.
- (5) Das Bestehen des Moduls setzt die aktive Mitarbeit an vier Seminaren oder Übungen

voraus. Wird die geforderte Leistung nach Absatz 3 nicht oder nicht ausreichend erbracht, so kann die Leistung durch die Teilnahme an einem neuen Seminar oder einer neuen Übung erbracht werden.

§ 20

Masterarbeit

- (1) Die Masterarbeit soll zeigen, dass die oder der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Sie wird von zwei Lehrenden betreut (Betreuerinnen oder Betreuer), die das Thema der Masterarbeit ausgeben und beim Prüfungsausschuss anmelden. Die Studierenden können Vorschläge für das Thema machen. Der Zeitpunkt der Ausgabe wird durch den Prüfungsausschuss aktenkundig gemacht.
- (2) Die Masterarbeit kann von allen Lehrenden gemäß § 14 Absatz 1 betreut werden. Mindestens eine Betreuerin oder ein Betreuer muss der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät Raumplanung angehören oder promoviertes Mitglied der Fakultät sein.
- (3) Masterarbeiten können von promovierten oder habilitierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern anderer Fakultäten, Universitäten oder Forschungsinstitute betreut werden, die die Voraussetzungen nach § 65 Absatz 1 HG erfüllen und mit Zustimmung des Prüfungsausschusses zur Betreuerin bzw. zum Betreuer bestellt werden. In diesem Fall muss eine Betreuerin oder ein Betreuer Mitglied der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät Raumplanung sein.
- (4) Masterarbeiten können auch von externen Gutachtern betreut werden, die die Voraussetzungen nach § 65 Absatz 1 HG erfüllen. In diesem Fall muss eine Betreuerin oder ein Betreuer Mitglied der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät Raumplanung sein.
- (5) Die Studierenden können für die Masterarbeit Betreuerinnen oder Betreuer vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Vorschläge begründen jedoch keinen Anspruch. Können Studierende keine Betreuerin oder keinen Betreuer benennen, sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass die oder der Studierende ein Thema für die Masterarbeit und eine Betreuerin oder einen Betreuer erhält.
- (6) Die Masterarbeit ist stets eigenständig als Einzelarbeit zu verfassen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass das Thema der Masterarbeit innerhalb einer Arbeitsgruppe von zwei Personen bearbeitet wird. Hierbei muss sichergestellt sein, dass der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen nach objektiven Kriterien deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.
- (7) Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beträgt vier Monate. Sie wird studienbegleitend bearbeitet. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer den Bearbeitungszeitraum einmalig um bis zu einen Monat verlängern.
- (8) Das Thema der Masterarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 14 Tage zurückgegeben werden; die Masterarbeit gilt dann als nicht begonnen.
- (9) Der Umfang der Masterarbeit soll 175.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) nicht überschreiten. Die Masterarbeit kann im Einvernehmen mit der Prüferin bzw. dem Prüfer in deutscher oder englischer Sprache erbracht werden.
- (10) Bei der Abgabe der Masterarbeit hat die oder der Studierende an Eides statt zu versichern, dass sie bzw. er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht

hat (Selbstständigkeitserklärung). Bei Abgabe der Masterarbeit ist die Erklärung unterschrieben beizufügen.

- (11) Die Masterarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss in zweifacher Print-Ausfertigung sowie zusätzlich in einer für ein Softwareprodukt zur Plagiatserkennung verwendbaren elektronischen Fassung (elektronische Textform) abzugeben; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei Postanlieferung gilt das Datum des Poststempels. Wird die Masterarbeit nicht fristgemäß abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend (5,0)“ bewertet. Die Masterarbeit wird von den Betreuerinnen oder Betreuern begutachtet und bewertet. Die Bewertung ist dem Prüfungsausschuss unverzüglich zu übermitteln. Die Note der Masterarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet und auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma ohne Rundung gekürzt, sofern die Differenz nicht mehr als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz mehr als 2,0 oder bewertet nur eine Prüferin oder ein Prüfer die Masterarbeit mit mindestens „ausreichend (4,0)“, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer zur Bewertung der Masterarbeit bestimmt. In diesem Fall wird die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Noten gebildet; Satz 6 findet Anwendung. Die Masterarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend (4,0)“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend (4,0)“ oder besser sind.
- (12) Die Bewertung der Masterarbeit ist der oder dem Studierenden spätestens sechs Wochen nach der Abgabe über den Prüfungsausschuss mitzuteilen.
- (13) Die Masterarbeit kann nur einmal und nur als Ganzes wiederholt werden.

IV. Studienabschluss

§ 21

Zulassung zur Masterprüfung

- (1) Mit der Einschreibung in den Masterstudiengang Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund oder der Zulassung als Zweithörerin oder Zweithörer gemäß § 52 Absatz 2 HG gilt eine Studierende oder ein Studierender als zu den Prüfungen des Masterstudiengangs Raumplanung zugelassen, es sei denn, die Einschreibung bzw. Zulassung ist gemäß Absatz 2 zu versagen.
- (2) Die Einschreibung bzw. Zulassung ist zu versagen, wenn
 - a) die oder der Studierende eine nach dieser Prüfungsordnung erforderliche Prüfung in dem Masterstudiengang Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund oder in einem anderen Studiengang, der zu diesem Studiengang eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist, endgültig nicht bestanden hat oder
 - b) der Kandidatin oder dem Kandidaten nach abgelegter Prüfung in einem der vorgenannten Studiengänge aufgrund einer anschließenden Anfechtung des Prüfungsbescheides eine bestands- und rechtskräftige Entscheidung über das endgültige Nichtbestehen noch nicht vorliegt oder
 - c) die Kandidatin oder der Kandidat den Prüfungsanspruch gemäß § 8 Absatz 1 für eine nach dieser Prüfungsordnung erforderliche Prüfung im Masterstudiengang Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund verloren hat oder
 - d) im Angleichstudium der Kandidatin oder des Kandidaten Prüfungen erforderlich sind, die die Kandidatin oder der Kandidat im Diplom- oder Bachelorstudiengang Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund bereits endgültig nicht bestanden hat.

§ 22

Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung setzt sich aus Prüfungen gemäß § 7 zusammen, in denen insgesamt 60 Leistungspunkte in Pflichtmodulen zu erwerben sind.
- (2) Die studienbegleitenden Prüfungen sind in den folgenden Modulen zu erbringen:

| Modulnummer und Modultitel | Ty | LP | Prüfungsleistung | |
|--|----|----|------------------|---------|
| 1 Allgemeine Raumforschung und Raumplanung | P | 8 | MP | Benotet |
| 2 Masterprojekt / Masterentwurf | P | 12 | MP | Benotet |
| 3 Vertiefungsschwerpunkt | P | 20 | 2 TL | Benotet |
| 4 Masterarbeit | P | 20 | MP | Benotet |

P = Pflicht, WP = Wahlpflicht, MP = Modulprüfung, TL = Teilleistung

- (3) Die Prüfungsleistungen sind in den Modulbeschreibungen (Modulhandbuch) konkretisiert.
- (4) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche 60 Leistungspunkte aus den Prüfungen erworben wurden.
- (5) Die Masterprüfung ist insgesamt endgültig nicht bestanden, wenn die oder der Studierende in einem oder mehreren der Module nicht mehr die erforderliche Mindestzahl von Leistungspunkten erwerben kann oder eines der in Absatz 2 genannten Module endgültig nicht bestanden wurde.
- (6) Ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden oder gilt eine Prüfung als nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der oder dem Studierenden hierüber einen schriftlichen Bescheid. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Auf Antrag wird der oder dem Studierenden eine Bescheinigung über die erfolgreich abgelegten Prüfungen ausgestellt. Aufgenommen wird der Zusatz, dass diese Bescheinigung nicht für die Vorlage an einer anderen Hochschule gilt.

§ 23

Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen, Erwerb von Leistungspunkten, Bildung von Noten

- (1) Die Noten für die Prüfungen und Teilleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

sehr gut (1) = eine hervorragende Leistung
gut (2) = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittliche Anforderungen liegt.
befriedigend (3) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
ausreichend (4) = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt.
nicht ausreichend (5) = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur weiteren Differenzierung der Bewertung können durch Heraufsetzen oder Herabsetzen der einzelnen Noten um den Wert 0,3 Zwischenwerte gebildet werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

- (2) Die dem jeweiligen Modul zugeordnete Zahl von Leistungspunkten wird erworben, wenn die Modulprüfung bzw. sämtliche Teilleistungen mit mindestens „ausreichend (4,0)“ oder

bestanden bewertet worden ist bzw. sind.

- (3) Wird das Modul durch eine Modulprüfung abgeschlossen, so ist deren Note gleichzeitig die Modulnote. Bei Teilleistungen errechnet sich die Modulnote aus dem arithmetischen Mittel der nicht gerundeten Noten der im Rahmen des jeweiligen Moduls abgelegten Teilleistungen, die mit dem Gewicht der ihnen zugeordneten Leistungspunkte in die Modulnote einfließen. Bei der Bildung der Modulnoten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Modulnoten lauten in Worten:

| | |
|--|---------------------|
| bei einem Durchschnitt bis 1,5 | = sehr gut |
| bei einem Durchschnittswert über 1,5 bis 2,5 | = gut |
| bei einem Durchschnittswert über 2,5 bis 3,5 | = befriedigend |
| bei einem Durchschnittswert über 3,5 bis 4,0 | = ausreichend |
| bei einem Durchschnittswert über 4,0 | = nicht ausreichend |

- (4) Ergänzend zur Modulnote in Worten wird der Durchschnittswert angegeben.
- (5) Die Abschlussnote der Masterprüfung errechnet sich aus dem Mittelwert der einzelnen Modulnoten aller benoteten Module gemäß § 22 Absatz 2, die nach Anzahl der ihnen zugeordneten Leistungspunkte gewichtet werden. Bei der Bildung der Abschlussnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (6) Die Abschlussnote wird zugleich in Form eines Grades nach dem European Credit-Transfer-System (ECTS) ausgewiesen. Darüber hinaus können ECTS-Grade für alle benoteten Prüfungsleistungen ausgewiesen werden. Hierzu ist ein entsprechender Beschluss des Prüfungsausschusses erforderlich.

Die Grade nach ECTS werden wie folgt ausgewiesen:

| |
|--|
| A = in der Regel die besten ca. 10 % der erfolgreichen Studierenden; |
| B = in der Regel die nächsten ca. 25 % der erfolgreichen Studierenden; |
| C = in der Regel die nächsten ca. 30 % der erfolgreichen Studierenden; |
| D = in der Regel die nächsten ca. 25 % der erfolgreichen Studierenden; |
| E = in der Regel die nächsten ca. 10 % der erfolgreichen Studierenden. |

- (7) Die Bildung der ECTS-Grade erfolgt grundsätzlich durch einen Vergleich der Kohorten der letzten sechs Semester. Ist diese Gruppe kleiner als 50 Personen, so ist die Bezugsgruppe aus den letzten 10 Semestern zu ermitteln. Das aktuelle Semester soll bei der Bildung der ECTS-Grade grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Solange keine statistischen Daten zur Berechnung einer relativen Bewertung zur Verfügung stehen, werden keine ECTS-Grade ausgewiesen. Aus Gründen der rechtssicheren Vergabe kann durch Beschluss des Prüfungsausschusses auf die Ausweisung von ECTS-Graden verzichtet werden. Entsprechende Hinweise erscheinen im Abschlussdokument. Bei der Zusammensetzung der Vergleichsgruppe ist nach dem Abschluss und dem Studiengang zu differenzieren. Darüber hinaus kann in sachlich begründeten Fällen eine andere Zusammensetzung der Vergleichsgruppe erfolgen. Hierzu ist ein entsprechender Beschluss des Prüfungsausschusses erforderlich.

§ 24

Zusatzqualifikationen

- (1) Studierende können sich bis zum Abschluss der letzten Prüfung des Studiengangs in weiteren Modulen mit Teilleistungen zu Wahlpflichtelementen des Masterstudiums, in Fächern anderer Studiengänge der Fakultät Raumplanung oder in Fächern anderer Studiengänge, die Bestandteil von Kooperationsvereinbarungen mit der Fakultät Raumplanung sind, einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer).
- (2) Die Ergebnisse der Prüfung in diesen Zusatzfächern werden bei der Festsetzung der

Gesamtnote nicht berücksichtigt, sie werden auf Antrag der Studierenden in das Transcript of Records aufgenommen.

§ 25

Masterurkunde, Zeugnis, Bescheinigungen für einen Hochschulwechsel

- (1) Studierenden werden eine Masterurkunde in deutscher Sprache und eine englischsprachige Übersetzung mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Mastergrades gemäß § 4 beurkundet.
- (2) Die Masterurkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan der Fakultät Raumplanung und der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät Raumplanung versehen.
- (3) Über die bestandene Masterprüfung erhält die bzw. der Studierende spätestens vier Wochen nach der Bewertung der letzten Prüfungsleistung ein Zeugnis. Auf dem Zeugnis wird das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde, vermerkt. In das Zeugnis sind die Gesamtnote der Masterprüfung, einschließlich des ECTS-Grades nach § 23 Absatz 6, das Thema und die Note der Masterarbeit, die Themen der erfolgreich erbrachten Projekt- und Entwurfsarbeiten sowie Seminare, die übrigen Module und Modulnoten, einschließlich der jeweiligen Teilleistungen, sowie die Anzahl der in den einzelnen Modulen erworbenen Leistungspunkte aufzunehmen. Außerdem werden jeweils die Namen der Prüferinnen oder Prüfer bzw. Betreuerinnen und Betreuer ausgewiesen. Das Zeugnis wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben.
- (4) Dem Zeugnis wird eine Übersicht über alle erbrachten Prüfungsleistungen (Transcript of Records) sowie ein Diploma Supplement beigefügt. Es beschreibt insbesondere die wesentlichen, dem Abschluss zugrundeliegenden Studieninhalte, den Studienverlauf, die mit dem Abschluss erworbenen Kompetenzen sowie die verleihende Hochschule. Das Diploma Supplement wird in deutscher und englischer Sprache ausgestellt.
- (5) Auf Antrag der oder des Studierenden wird auch vor Abschluss der Masterprüfung eine Bescheinigung über die bereits erbrachten Prüfungsleistungen erstellt, die eine Aufstellung der erfolgreich absolvierten Module mit den erworbenen Leistungspunkten und Prüfungsleistungen und den Noten nach § 23 Absatz 1 enthält (Notenübersicht). Die Notenübersicht kann einmal pro Semester beantragt werden.

§ 26

Bescheinigung eines Vertiefungsschwerpunkts

- (1) Studierende können sich im Rahmen des Studiums individuell vertiefen. Ein Vertiefungsschwerpunkt kann auf Antrag der Studierenden auf der Masterurkunde bescheinigt werden, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 2 vollständig erfüllt und die zugehörigen Prüfungsleistungen mindestens mit „ausreichend (4,0)“ bewertet wurden.
- (2) Voraussetzung für die Bescheinigung eines Vertiefungsschwerpunkts ist, dass alle Teilleistungen in Modul 3 innerhalb eines Modulelements absolviert wurden und die Masterarbeit (Modul 4) mindestens durch eine an der Lehre dieses Modulelements beteiligte Person betreut wurde. Modulelemente werden im Modulhandbuch (§ 6) benannt.
- (3) Die Bezeichnung des ausgewiesenen Vertiefungsschwerpunktes entspricht der Bezeichnung des Modulelements in Modul 3, zu dem die Teilleistungen nach Absatz 2

erbracht wurden.

§ 27

Ungültigkeit von Prüfungsleistungen und Aberkennung des Mastergrades

- (1) Hat die oder der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die oder der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die oder der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.
- (3) Vor einer Entscheidung gemäß Absatz 1 und 2 ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Zeugnisses ausgeschlossen.
- (5) Der Mastergrad wird aberkannt und die Urkunde ist einzuziehen, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben worden ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. Über die Aberkennung entscheidet der Fakultätsrat der Fakultät Raumplanung.

V. Schlussbestimmungen

§ 28

Inkrafttreten und Veröffentlichung, Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Mitteilungen der Technischen Universität Dortmund veröffentlicht und tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2016 in Kraft.
- (2) Sie gilt für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2012 / 2013 in den Masterstudiengang Raumplanung an der Technischen Universität eingeschrieben worden sind.
- (3) Für alle Studierenden, die bereits vor dem 1. Oktober 2012 erstmalig in den Masterstudiengang Raumplanung eingeschrieben worden sind, gilt anstelle des § 22 der § 15 der Prüfungsordnung vom 8. Januar 2008. Der Prüfungsausschuss trifft erforderlichenfalls notwendige Anpassungen im Prüfungsverfahren entsprechend § 7 Absatz 9. Begonnene Prüfungsverfahren können fortgesetzt werden.
- (4) Studierende, die noch keine Prüfungsleistung in Modulen des Masterstudiums nach § 15 der Prüfungsordnung vom 8. Januar 2008 erbracht haben, können auf Antrag an den Prüfungsausschuss in diese Prüfungsordnung wechseln.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Fakultät Raumplanung vom 19.12.2018 sowie des Rektorats der Technischen Universität Dortmund vom XX.XX.XXXX.

Dortmund, den

Die Rektorin der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessorin

Dr. Dr. h. c. Ursula Gather